

Bezug: Entwurf einer Verordnung der Stmk. Landesregierung, mit der die Verordnung betreffend das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie geändert wird, Begutachtung

GZ: ABT13-2336/2026-8

hier: Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Schreiben vom 13.04.2026, GZ: ABT13-2326/2026-8 hat die Stmk. Landesregierung, vertreten durch das Amt der Stmk. Landesregierung, Abteilung 13, Umwelt und Raumordnung den „Entwurf einer Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der die Verordnung betreffend das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie geändert wird“, zur Begutachtung ausgesandt. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass bis zum 08.06.2026 die Möglichkeit besteht, dazu Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Michael Kirchengast und Frau MMag. Ute Pöllinger erlauben sich, zu diesem Entwurf als Privatpersonen fristgerecht Stellung zu nehmen. Zum Hintergrund der Stellungnehmenden darf darauf hingewiesen werden, dass sich Frau Pöllinger aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit als Umweltschützerin und Herr Kirchengast als Vertreter des Naturschutzbundes Steiermark in der Vergangenheit in zahlreichen Verfahren zur Errichtung von Windkraftprojekten eingebracht haben.

Wir begrüßen ausdrücklich die wiederholt betonte Notwendigkeit, vor dem Bau jedes neuen Windparkprojekts in den Vorrangzonen eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu müssen und auch die Hinweise, naturschutzrelevante Kriterien bereits in der Planungsphase durch die Projektwerber adäquat zu berücksichtigen. Die Einführung des Paragraphen 3b in das SAPRO Wind 2026 und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen sind ebenso ein Schritt in die richtige Richtung. Es wird jedoch angeregt, diese Minderungsmaßnahmen auch auf Anlagen in Eignungszonen auszudehnen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen zum einen ein absolutes Mindestmaß dar und waren in der Vergangenheit in den durchgeführten UVP-Verfahren auch weitestgehend unstrittig. Es erscheint daher jedenfalls sinnvoll, dieses Maßnahmenpaket auch für Projekte in Eignungszonen vorzugeben.

Darüber hinaus hat sich in allen Verfahren, mit denen wir uns in der Vergangenheit beschäftigt haben, die Vorschreibung eines „Fledermaus-Algorithmus“ als erforderlich erwiesen. Wir regen daher nachdrücklich an, diesen Punkt in die Minderungsmaßnahmen aufzunehmen.

Im Paragraphen 3a fordern wir die Einfügung eines weiteren Unterpunkts des Wortlautes **„Vorrangzonen haben einen Mindestabstand von 750 m zu Ausschlusszonen einzuhalten.“** Grund für diese Forderung ist die auch in anderen europäischen Ländern anerkannte Tatsache, dass ein direkt an eine Ausschlusszone angrenzende Windenergieanlage häufig zu größeren naturschutzfachlichen Problemen führt, die durch einen solchen Mindestabstand sehr deutlich verringert werden können.

Es darf darüber hinaus auf folgende mögliche Lücke hingewiesen werden: In Vorrangzonen werden auch hinkünftig Projekte umgesetzt werden, die bei einer

Neuerrichtung jedenfalls eine UVP erfordern. Im Rahmen des UVP-Verfahrens wird es daher auch künftig sehr gut möglich sein, die Umsetzung der allgemeinen Minderungsmaßnahmen gemäß § 3b und der speziellen Minderungsmaßnahmen aus dem Umweltbericht einzufordern. Erweiterungsprojekte und Projekte in Eignungszonen können auf Basis der geplanten Regelung jedoch „unter dem Radar des UVP-Verfahrens“ geplant und umgesetzt werden. Auch wenn in den Erläuterungen auf die dafür erforderlichen Materienverfahren verwiesen wird, erscheint eine vollstreckbare Verknüpfung zwischen dem SAPRO 2026 und den erforderlichen Genehmigungsverfahren wesentlich, um die Maßnahmen auch tatsächlich auf den Boden zu bringen. Die in den Erläuterungen aufgezählten Materiengesetze (insbes. Stmk. EIWOG, Stmk. BauG, Stmk. Landes-StraßenverwaltungsG, ForstG, LuftfahrtG) sind nicht geeignet, Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft als Auflagen vorzuschreiben, wenn diese nicht im Projekt enthalten sind. Das Stmk. NaturschutzG kommt nur dort als Genehmigungsmaterie zur Anwendung, wo Bewilligungstatbestände in einem verordneten Schutzgebiet verwirklicht werden. Aus unserer Sicht besteht daher eine Lücke zwischen den im SAPRO 2026 vorgesehenen Maßnahmen und der Möglichkeit, diese vorzuschreiben und allenfalls zu vollstrecken, wenn sie in einem Projekt nicht vorgesehen sind.

Zu den einzelnen neu hinzukommenden Vorrangzonen für Windenergieanlagen darf vor dem Eingehen auf naturschutzfachliche Bedenken gegen einzelne Vorrangzonen nachstehende generelle Problematik angesprochen werden:

Auf den Erhebungen südlich des Mürztales besteht bereits eine Reihe von Windparks. In den Verfahren zu deren Genehmigung waren regelmäßig Ausgleichsflächen insbesondere für Birk- und Auerwild erforderlich, um die Umweltverträglichkeit der Projekte sicherzustellen. Nunmehr sind in diesem Bereich weitere Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen vorgesehen. Im Umweltbericht fehlen jegliche Ausführungen zur Kumulationsproblematik, welche durch die neuen Projekte aber unweigerlich entstehen werden: Die betroffenen Arten haben sich hoffentlich in den Ausgleichsflächen etabliert, die neuen Projekte werden in Teilbereichen an diese heranrücken und weitere Ausgleichsflächen erfordern – wie mit der Kumulation dieser Lebensraumentwertung und -zerstörung umgegangen werden soll, wird im Umweltbericht jedoch nicht erwähnt.

Verschärft wird diese Problematik durch die nördlich des Mürztales geplanten neuen Vorrangzonen – hier fehlen im Umweltbericht Hinweise auf Problematiken, die durch das Wechseln von Raufußhühnern von der nördlichen auf die südliche Talseite entstehen können. Es darf diesbezüglich auf die Diskussionen in Zusammenhang mit der Erweiterung „Schwarzriegel“ und das Überwechseln von Birkhähnen aus dem nördlichen Mürztal erinnert werden.

Ähnliche Problemlagen sind auch für die Koralm zu erwarten, wo nicht nur eine zusätzliche Vorrangzone geplant ist, sondern weiterhin die Anlagen im Bundesland Kärnten im Umweltbericht nicht erwähnt werden. Festzuhalten ist, dass durch die fehlende Koordination über die Bundesländergrenze hinweg die Trittsteine auf steirischer Seite entwertet wurden und weiterhin werden.

Darüber hinaus bestehen naturschutzfachliche Bedenken gegen nachstehende Vorrangzonen:

5.2.2 Vorrangzone Floning

Dieser Bereich befindet sich in einer Korridorachse mehrerer Birkwildkorridore der Priorität 1 und ebenso im Nahbereich einer Ausschlusszone von rund 160 ha, die als Trittstein zur Sicherung dieser Korridore festgelegt wurde. Ebenso besteht im nordwestlichen Teil der Vorrangzone eine etwa 0,4 ha große frische basenarme Magerweide, die schutzbedürftig einzustufen ist. Die weiters bestehenden 28 ha bewirtschaftete Weide- und Wiesenflächen, welche etwa 20 % der Zonenfläche ausmachen, sind als alpine Speziallebensräume bei abnehmender Weidetierhaltung im alpinen Raum insgesamt ebenso schutzbedürftig. Die Ausweisung als Vorrangzone sollte daher nochmals kritisch überdacht werden.

5.2.3 Vorrangzone Hahnkogel

Laut Umweltbericht Seite 64ff können in der Vorrangzone durch die Errichtung von Windenergieanlagen Verschlechterungen auf die Schutzgüter biologische Vielfalt, Fauna und Flora (Ornithologie, Artenschutz, Wildbiologie, Wildtierkorridore sowie biologische Vielfalt von Fauna und Flora in den Habitaten Wald und dem Biotop Offenland) erwartet werden. Die Schädigung wertvoller natürliche Ressourcen, speziell von Oberflächengewässern sowie Quellen (insbesondere Wasserschutz- und Schongebiete) muss erwartet werden. Auch ist bezüglich verfügbarer Daten aus Vorerhebungen mit sehr sensiblen Zugvogelarten in diesem Bereich zu rechnen, insbesondere mit Wespenbussard, Kranich, Weihe, Rotmilan, Gänsen und lokal Steinadlern.

Zusätzlich kommt es zu Auswirkungen auf die Landschaft und auf die in der Nähe lebenden Menschen. Die Ausgleichsmaßnahmen, die bei dieser Vielzahl von Interferenzen nötig würden, wären aller Wahrscheinlichkeit nach einerseits sehr aufwendig und andererseits nicht ausreichend (s. Vogelzug).

Das Lamingtal von Bruck an der Mur bis zum Grünen See sollte von Windkraftanlagen generell freigehalten werden, zumal der Grüne See und das Lamingtal ein steirischer Tourismus-Hotspot sind, seit der See bei Neun Schätze, neun Länder gewonnen hat. Auch dies scheint mit den Vorrangzonen 5.2.2 Floning und 5.2.3.Hahnkogel nicht mehr gewährleistet zu sein.

Daher wäre es bei Abwägung zwischen dem Bedarf nach erneuerbarer Energie und dem Schutz des Menschen und der Natur sehr zu begrüßen, diese Vorrangzone im Gesamten aus der Verordnung zu streichen.

5.2.4 Vorrangzonen Hauereck und 5.2.5 Vorrangzone Herrenstein Erweiterung

Beide genannten Gebiete schließen unmittelbar an großflächige Ausschlusszonen an. Wie oben in Bezug auf §3a dargelegt, ist es nach unserer Auffassung erforderlich, zu Ausschlusszonen einen Mindestabstand einzuhalten. Daher sind Vorrangzonen, die unmittelbar an Ausschlusszonen anschließen, abzulehnen. Der Umweltbericht weist auch für beide Gebiete Verschlechterungen der biologischen Vielfalt aus und bestärkt uns dies in unserer Auffassung, dass diese beiden Gebiete als Vorrangzonen nicht geeignet sind

5.2.7 Vorrangzone Kampelekogel – Stoffkogel

Die Vorrangzone schließt laut Planungsunterlagen an die bestehende Vorrangzone Freiländer Alm an. Aufgrund der in der strategischen Umweltprüfung zur Verfügung

gestellten Daten sowie der persönlichen Kenntnis des Geländes durch Herrn Dr. Kirchengast ist folgende Stellungnahme notwendig:

Zur Erweiterung des Gebietes Kampelekogel gibt es aus naturschutzfachlicher Sicht relativ wenig Einwendungen. Ganz anders verhält es sich jedoch mit der geplanten Erweiterung Stoffkogel: Hier liegt die See-Ebene mit dem Naturschutzgebiet „Moor auf der See-Ebene in Osterwitz“ in unmittelbarer Nähe der Vorrangzone. Dadurch kommt es aus unserer Sicht zu unvermeidbaren Verschlechterungen der Schutzgüter Biologische Vielfalt, Fauna und Flora, im Besonderen Biotop Gewässer und Moore. Das Moor der See-Ebene ist ein Sattelmoor, diese Moorform ist besonders selten und daher ist jeder Eingriff zu vermeiden. Darüber hinaus befindet sich in der See-Ebene das größte Vorkommen in der Steiermark - wahrscheinlich sogar österreichweit - der seltenen und geschützten Zwergbirke *Betula nana*. Dieses Vorkommen hängt unmittelbar mit dem ungestörten Wasserhaushalt des Moores zusammen, weshalb jegliche Veränderung negative Auswirkungen auf das Vorkommen dieser geschützten Pflanzenart haben kann.

Ausgleichsmaßnahme sind für den Bereich des Moores aus fachlicher Sicht nicht möglich, die geplante Ausweisung würde jedoch gemäß Biotopkartierung circa 0,7 ha Übergangs- und lebendes Hochmoor im nördlichen Teil der Vorrangzone zerstören. Dieses lebende Hochmoor ist prioritär hochrangig schutzbedürftig. Außerhalb der Vorrangzone zwischen den beiden Teilgebieten wird im Umweltbericht vorgeschlagen, die Ausschlusszone auf das Moorumfeld auszuweiten -- warum sollte es dann möglich sein, 0,7 ha des Moores in die Vorrangzone aufzunehmen und damit potentiell zu zerstören?

Zusätzlich verläuft im südlichen Teil der Vorrangzone ein gestreckter Gebirgsbach, der hochgradig schutzbedürftig ist und ebenfalls im Zuge der Errichtung einer Windenergieanlage geschädigt werden könnte.

Auch wird bereits im strategischen Umweltbericht auf den möglichen Kumulationseffekt durch die nahe gelegenen Windparks Freiländer Alm auf Zugvögel im Allgemeinen und im speziellen auch Wespenbussard und weitere Großvogelarten hingewiesen; diese können durch Ausgleichsmaßnahmen nur schlecht reduziert oder minimiert werden. Die Gefährdung des Birkwildes im genannten Gebiet ist ebenfalls bereits im strategischen Umweltbericht nachzulesen und stellt ein weiteres naturschutzrelevantes Argument gegen eine Errichtung einer Windenergieanlage auf dem Stoffkogel dar.

Aus Sicht des Erholungswertes ist sowohl der Kampelekogel als auch der Stoffkogel für die Grazer Stadtbevölkerung eines der am leichtesten zu erreichenden und relativ schneesicheren Langlaufgebiete in der Umgebung der Stadt. Durch den zu erwartenden Eisfall von den erwartbar sehr hohen Windrädern mit entsprechend großem Durchmesser würde dieses Gebiet vor allem im Winterhalbjahr auch an Erholungswert massiv verlieren. Dies ist ein weiterer Grund dafür, zumindest den Stoffkogel nicht mit Windkraftanlagen zu bebauen.

Zusätzlich wird die Hebalm-Kapelle der Malteser als Kulturgut im strategischen Bericht bereits erwähnt. Die Schwerlasttransporte, die in unmittelbarer Nähe bei einem Bau von Windenergieanlagen am Stoffkogel auf der an der Kapelle vorbeiführenden Landesstrasse vorbeigefahren werden müssten, stellen eine große Bedrohung dieses historischen und unter Denkmalschutz stehenden Bauwerks da. Ein weiterer Grund, wenn auch kein naturschutzfachlicher, zumindest den Stoffkogel nicht mit Windenergieanlagen zu bebauen.

Zusammenfassung:

1. In §3a der SAPRO Wind ist ein weiterer Punkt des Wortlauts einzufügen:
„Vorrangzonen haben einen Mindestabstand von 750 Metern zu Ausschlusszonen einzuhalten“
2. Regelungslücke für eine Vollstreckbarkeit der Maßnahmen laut § 3b bei Projekten, für die keine UVP erforderlich ist
3. Aufgrund unserer oben angeführten Darlegungen sollte zumindest der Bereich des Stoffkogels in eine Ausschlusszone umgewandelt werden. Auf keinen Fall ist dieser Bereich für den Bau einer neuen Windenergieanlage geeignet, da sensible Moorbereiche des anliegenden Naturschutzgebietes zerstört werden.
4. Die Vorrangzonen Floning, Hahnkogel, Hauereck und Herrenstein Erweiterung erscheinen aus den dem Umweltbericht zu entnehmenden Daten aus naturschutzfachlicher Sicht schlecht geeignet. Sie sollten idealerweise gestrichen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Kirchengast, eh

MMag. Ute Pöllinger, eh